

Für eine staatspolitische Rücktrittskultur des Bundesrates – von Gerhard Pfister

Klüger, wer zu gehen weiss, wann es frommt

«Klug ist, wer stets zur rechten Stunde kommt, doch klüger, wer zu gehen weiss, wann es frommt.» (Emmanuel Geibel)

Als Bundesrat Burkhalter seinen Rücktritt bekannt gab, war die Überraschung gross. Er sagte zwar an der Medienkonferenz, es sei «alles abgesprochen» mit seiner Partei. Fraktionschef und Parteipräsidentin wirkten an diesem Mittwochnachmittag in der dritten Woche der Sommersession aber so, als wäre diese «Absprache» erst zwei Stunden vorher erfolgt. Als Begründung für seinen Entscheid gab Burkhalter an: «Es ist ein persönliches Gefühl. Ich habe Lust, jetzt einfach etwas anderes zu machen.» Kein Wort mehr davon, dass 2017 für die Europapolitik der Schweiz ein enorm wichtiges Jahr sei und sich die Gespräche mit der EU so gut entwickelten, dass man kurz vor dem Durchbruch stehe bei Rahmenabkommen, Kohäsionsmilliarde, Handelshemmnissen und Weiterentwicklung der Beziehungen. So, wie es der gleiche Aussenminister in unzähligen Kommissionsitzungen vorher immer betont hatte. Wenn Burkhalter so überzeugt war, dass in diesem Jahr entscheidende Weichen gestellt würden mit der EU, warum tritt er dann ausgerechnet jetzt zurück, anstatt dafür zu sorgen, dass die Schweiz keine Weichenstellung verpasst? Der überraschte Bundesrat beschloss denn auch zwei Tage später eine Art aussenpolitisches «Time-out», bis das EDA einen neuen Chef / eine neue Chefin haben wird.

Burkhalters Rücktrittsankündigung legt die Vermutung nahe, dass Bundesräte ganz allein entscheiden, wann sie aufhören. Daran ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Dennoch wäre es Zeit, dass sich die Mitglieder unserer Landesregierung auch bei ihrem Rücktritt, nicht nur bei ihrer Wahl, daran erinnern, wem sie ihr Amt verdanken: der eigenen Partei, der Mehrheit der Bundesversammlung. Das Landeswohl, worauf sie bei Amtsantritt geschworen hatten, sollte auch beim Amtsende zählen. Ich vermisse in den letzten Jahren bei Rücktritten der Bundesräte und deren Begründungen immer stärker staatspolitische Argumente. Diese könnten beispielsweise lauten: wichti-



Rücktritt im Interesse des Landes: Hans Hürlimann mit Ehefrau Marie-Theres.

ge Projekte seien abgeschlossen, man wolle neue grosse Projekte den Nachfolgern überlassen. Oder: die Lage der Schweiz erfordere neue Kräfte in der Regierung. Oder: in der eigenen Partei stünden derzeit sehr viele fähige Kandidierende zur Verfügung. Oder gar zwei oder drei Bundesräte beschliessen gleichzeitig den Rücktritt, um der Bundesversammlung eine grösstmögliche Auswahl bei den Regionen, Sprachen, und - leider eher nachgelagert - bei der Eignung für das Amt zu ermöglichen.

Die Situation, wie wir sie jetzt bei der Nachfolge von Burkhalter haben, ist demgegenüber leider in den letzten Jahren der Normalfall. Kaum gibt es eine Rücktrittsankündigung, stehen vor allem die regionalen Ansprüche zur Debatte, weniger die Frage, wer wirklich geeignet ist. Selbstverständlich ist es das gute Recht der Tessiner, jetzt den Sitzanspruch vehement einzufordern. Schliesslich stehen die Chancen selten gut. Man weiss den Topfavoriten in den eigenen Reihen. Westschweizer

Kandidaturen werden wohl dazukommen, hoffentlich auch eine Frau. Aber damit hat es sich dann auch schon. Man sucht und nominiert primär Bundesräte, die passen, sekundär Bundesräte, die's können. Ich bin auch der Meinung, dass Topfavorit Cassis ein guter Bundesrat wird. Aber er ist im Moment vor allem deshalb Favorit, weil er Tessiner und ein einflussreicher Parlamentarier ist. Damit tut man ihm selbst keinen Dienst. Auch dem Amt nicht.

Artikel 175, Abs. 4 BV schreibt vor, «daruf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind». Das ist richtig so. Das soll nicht geändert werden. Aber die Bundesräte sollten eine Rücktrittskultur entwickeln. Das liegt in ihrer Selbstverantwortung. Sie sind für vier Jahre gewählt, und sollten, wenn sie vorher zurücktreten wollen, sich untereinander vertrauensvoll absprechen können, ohne dass dies vorzeitig an die Öffentlichkeit kommt.

In jedem Verwaltungsrat ist es üblich, dass die Mitglieder untereinander ihre Amtszeit periodisch diskutieren, mit dem Ziel, das Gleichgewicht zwischen personeller Erneuerung und Kontinuität zu halten, zugunsten des Unternehmens. Im Bundesrat scheint eine solche Diskussion nicht stattzufinden. Wir haben sieben Departements-Einzelkämpfer, die den Entscheid, wann sie zurücktreten wollen, nur mit sich selbst ausmachen. Natürlich ist das ihre Freiheit. Aber wie jede Freiheit birgt auch diese eine Verantwortung.

Es gab auch andere Zeiten im Bundesrat. Die «Nordwestschweiz» schrieb am 16. Juni, dass 1982 der Zürcher FDP-Bundesrat Fritz Honegger und der Zuger CVP-Bundesrat Hans Hürlimann aus staatspolitischen Gründen gemeinsam zurücktraten. Sie wollten einerseits die Erneuerung der Regierung ermöglichen und andererseits der Bundesversammlung eine grössere Auswahl unter den Kandidaten verschaffen. Meine Familie war mit Bundesrat Hürlimann befreundet. Wir wussten: Er wäre persönlich gerne noch etwas länger im Bundesrat geblieben. Ein Rücktritt fiel ihm schwer. Aber er liess

sich von seinem Kollegen überzeugen und machte einen Schritt zugunsten des Landes. Tempi passati, leider.

Heute ist es wohl unvorstellbar, dass sich unsere Bundesräte so vertrauensvoll und freundschaftlich begegnen, über die Parteigrenzen hinweg. Es ist wohl kaum der Fall, dass der derzeitige Bundesrat sich als Kollegialbehörde Gedanken macht und darüber redet, wer wann am besten zurücktreten sollte.

Es gehört zur staatspolitischen Verantwortung unserer Bundesräte, ihre Amtsdauer untereinander zu koordinieren, mit dem Ziel, die Auswahl für die Bundesversammlung so zu ermöglichen, dass nicht vor allem regionale Aspekte eine Rolle spielen. Dass nicht die Parteien intern ausmarchen können, wenn sie der Bundesversammlung zur Wahl vorschlagen. Ein abtretender Bundesrat sollte die Bundesversammlung nicht so einengen, dass die Wahl keine echte Auswahl mehr ist.

Kann man und soll man das regulieren? Soll man den Rücktritt während der Amtsperiode von Bundesräten einschränken? Nein, man kann staatspolitische Verantwortung nicht gesetzlich vorschreiben. Aber als Mitglied der Bundesversammlung hat man die Möglichkeit, Kandidierende für den Bundesrat in den Hearings darauf zu prüfen, ob sie dereinst bereit und in der Lage sind, auch ihren Rücktritt aus dem Amt zum Besten des Landes zu vollziehen. Vor Bundesratswahlen mangelt es nie an zwei Dingen: an Kandidierenden und an Ehrgeiz. Wer Bundesrat werden will, ist nie zu so grossen Versprechen bereit, wie vor seiner allfälligen Wahl. Staatspolitik ist immer dann besonders attraktiv, wenn sich mit ihr der persönliche Ehrgeiz rhetorisch verknüpfen und verbergen lässt. Ich werde jedenfalls alle Kandidierenden für die Nachfolge Burkhalters fragen, ob sie mehr staatspolitische Verantwortung zu übernehmen bereit sind, wenn sie dannzumal entscheiden, zurückzutreten. Und sie gelegentlich an ihre Antwort erinnern.

Gerhard Pfister ist Nationalrat und Präsident der CVP Schweiz.

Gastkommentar von Artur K. Vogel zu den Unruhen am Tempelberg in Jerusalem

Unheiliger Zank um die Heilige Stadt

Drei palästinensische Israeli schossen am Freitag vor einer Woche in der Altstadt von Jerusalem nahe dem Tempelberg auf israelische Grenzpolizisten und verletzten zwei von ihnen tödlich, bevor sie selber erschossen wurden. Das schürte Emotionen auf israelischer wie palästinensischer Seite, vor allem, als Premier Benjamin Netanjahu den Tempelberg temporär schliessen und an den Zugängen Sicherheitsschleusen einrichten liess. Gestern Freitag beschloss die israelische Regierung zudem, aus Sicherheitsgründen nur Frauen sowie Männern über 50 Jahren Zutritt zum Tempelberg zu gewähren.

Jerusalem, für alle drei monotheistischen Religionen von zentraler Bedeutung, ist der Brennpunkt des israelisch-arabischen Dauerkonflikts: Mythologisch aufgeladen, religiös und politisch umkämpft. Und der Tempelberg mitten in der Altstadt ist der sensible Hotspot der Heiligen Stadt. Auf dem Hügel errichteten die Israeliten laut der Bibel vor 3000 Jahren den ersten Tempel, der 400 Jahre später von den Babyloniern unter Nebukadnezar zerstört wurde. Um 500 v. Chr. bauten die Juden den zweiten Tempel, dessen westliche Stützmauer - die sogenannte Klagemauer - noch heute steht. Der zweite Tempel wurde 70 n. Chr. von den Römern zerstört. Sie bauten später an seiner Stelle Heiligtümer für Jupiter und für

Aphrodite. Es folgt eine christliche Kirche, bis schliesslich die Muslime Palästina im 7. Jahrhundert eroberten.

Ideologie statt Archäologie

Der Felsendom mit der goldenen Kuppel entstand zwischen 686 und 691; einige Jahre später kam die Al-Aksa-Moschee hinzu. Die Kreuzfahrer besetzten den Tempelberg 1099 und errichteten ein Marienheiligtum. Nach der Eroberung Jerusalems durch Saladin 1187 nahm der Berg seine heutige Gestalt an. Er gilt als drittheiligste Stätte des Islam nach Mekka und Medina. Die Araber nennen ihn Haram asch-Scharif, das noble Heiligtum.

Im Junikrieg von 1967 eroberte Israel die Altstadt von Jerusalem und machte die Klagemauer für alle zugänglich. Auch der Tempelberg ist im Prinzip für alle Besucher offen. Beten dürfen hier aber nur Muslime. Der Berg wird vom Waqf verwaltet, einer von Jordanien kontrollierten, ultrakonservativen religiösen Stiftung. Viele Muslime streiten entgegen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen ab, dass hier jemals jüdische Tempel gestanden hätten, und der Waqf blockiert archäologische Grabungen. Gewisse orthodoxe Juden ihrerseits beten für den Bau des dritten Tempels; einige würden die Muslime gern vertreiben und die Moscheen niederreissen.



Artur K. Vogel war unter anderem Nahost-Korrespondent des «Tages-Anzeigers». Seit 2015 arbeitet er als freier Journalist.

«Jerusalem ist ein Sinnbild für die vertrackte Lage im Nahen Osten.»

Zwar hat die neueste Welle der Gewalt vor knapp zwei Jahren begonnen, doch bisher beschränkte sie sich weitgehend auf Messerattacken. Nun fürchten viele eine neue Welle von Attentaten nach Vorbild des «Islamischen Staates» und seiner skrupellosen Schlächter. Zumal Instanzen der Muslime die Stimmung anheizen: Der Grossmufti, der die Attentäter nicht verurteilen mochte, nannte die vorübergehende Schliessung des Haram asch-Scharif eine «israelische Aggression» und rief die «muslimischen Massen» auf, den Berg zu besetzen. Die Terrororganisation Hamas, die seit zehn Jahren im Gazastreifen herrscht, stachelte zu Attentaten auf und sprach von einem «Religionskrieg».

Der Ring um Jerusalem schliesst sich Jerusalem ist ein Sinnbild für die vertrackte Lage im Nahen Osten. Eine haltbare Lösung scheint so fern wie je. Und sie soll jetzt noch schwieriger werden, wie die Tageszeitung «Haaretz» diese Woche meldete: Israel plant eine neue Siedlung mit 1100 Wohneinheiten zwischen Jerusalem und Ramallah; der Ring um die Heilige Stadt schliesst sich. Dass jemals ein palästinensischer Staat über ein zusammenhängendes Territorium verfügen wird, erscheint zunehmend unwahrscheinlich. Die nächsten blutigen Konflikte sind vorhersehbar.

Echo

«Analog zu den Spiel- und Ruhewagen soll die SBB auch Hundewagen anbieten. Die Forderung stützt sich auch darauf, dass die Vierbeiner nicht gratis reisen. Das fordert die Schweizerische Kynologische Gesellschaft, wie die «Schweiz am Wochenende» schreibt. Zumindest gut ersichtlich als hundefreundlich beschriftet sollen die Wagen sein, so wie es bei den Ruhewagen schon längst der Fall ist.»

«20 Minuten»

«Gegen die Fusion der beiden im Bereich Informatiklösungen tätigen Unternehmen Abraxas und Verwaltungszentrum St. Gallen (VRSG) regt sich Widerstand. 100 Zürcher Kantonsräte haben laut der «Schweiz am Wochenende» eine entsprechende dringliche Anfrage beim Regierungsrat eingereicht. Abraxas gehört den Kantonen Zürich und St. Gallen, bei VRSG ist die Stadt St. Gallen grösster Aktionär. Laut dem Medienbericht ist das VRSG ein Sanierungsfall.»

«Cash»

«Oerlikon-CEO Roland Fischer will sich über kurz oder lang von der Getriebesparte (Drive Systems) trennen. «Die Getriebesparte geben wir zum richtigen Zeitpunkt in die richtigen Hände», sagte er gegenüber der «Schweiz am Wochenende».

«Finanz und Wirtschaft»